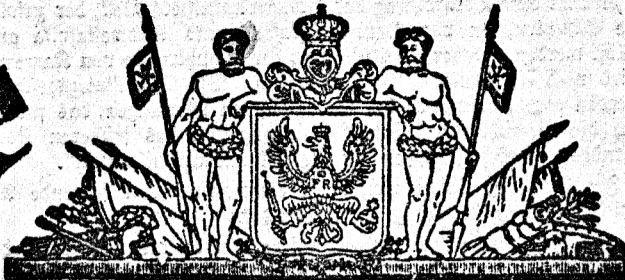


# Vossische



# Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Feiertage nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurszettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatl. 5,50 M., durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus; durch die Post 5.— M. (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 2.— M. u. 70% Teuerungszuschlag, Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahmen in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 27/28, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsstells.): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprach-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

## Deutsche Erklärungen in Paris.

### Die Schonung der Abtrennungsgebiete.

Die Pariser Verhandlungen.

W. T. S. meldet: Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Versailles hat am Sonnabend Herr Dutasta eine Aufzeichnung übergeben, in der die Stellung der Deutschen Regierung zu diesen Fragen kurz gekennzeichnet wird.

Zur Beseitigung der Schwierigkeiten, die sich aus der Nichtbeteiligung Amerikas an der Errichtung des ersten Protokolls über die Niederlegung der Ratifikationsurkunden ergeben, ist Deutschland bereit, weitgehend entgegenkommen zu zeigen. Es wird sodann nochmals festgestellt, daß Verkäufe deutscher Hofmaterialien ins Ausland nach dem 2. November nach den bisher angestellten Ermittlungen nicht stattgefunden haben. Ferner wird erneut Verwahrung dagegen eingelegt, daß die Besatzungen der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow, die sich im Vertrauen auf die Abreden des Waffenstillstandes in den Machtbereich der Gegner begeben haben, gewaltsam festgehalten werden.

Weiter wird die Erwartung ausgesprochen, daß die sechs kleinen Kreuzer, die nach dem Friedensvertrag Deutschland verbleiben, solche Schiffe sein werden, deren Ersatz durch Neubauten nicht schon in wenigen Jahren notwendig wird. Es wird betont, daß die bewaffnete Verteidigung der langgestreckten deutschen Küste auf den Besitz militärisch brauchbarer Kreuzer unbedingt angewiesen ist.

Die Deutsche Regierung hat der Friedenskonferenz eine Note übergeben lassen, in der hinsichtlich der Abtrennungsgebiete von

Danzig und Memel die Erwartung ausgesprochen wird, daß weder die künftige Freistadt Danzig noch das Gebiet von Memel mit den Kosten für die Besatzung belastet werden, da deren Leistungsfähigkeit hierfür bei weitem nicht ausreicht. Die Stärke der von der Entente für Danzig geplanten Besatzung würde den bisherigen Bestand der Friedensbesatzung erheblich überschreiten; auch in Memel würde eine geringere Besatzung hinreichen, um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

### Churchill über den Handel mit Deutschland.

Drahtmeldung.

Rotterdam, 5. Januar. (W. T. S.)

Bank „Nieuwe Rotterdamse Courant“ sagte Churchill in seiner schon erwähnten Rede noch, der englische Ausfuhrhandel wachse von Monat zu Monat an Wert und Umfang. Es regne Bestellungen in fast allen größeren Industriezweigen, nicht nur für die inländischen, sondern auch ausländischen Märkte. Über Deutschland sagte er: Welche Gefühle auch die Engländer hätten, die Dienste eines großen Teiles der fähigsten und fleißigsten menschlichen Rasse könne man nicht entbehren. Man müsse aufpassen, daß man sich nicht durch Deutschland trefführen lasse, dürfte es jedoch auch nicht bis zum äußersten treiben. Wenn Frankreich bereit sei, mit Deutschland Handel zu treiben, so dürften die Engländer nicht beiseite stehen. England müsse dafür sorgen, daß es seinen Anteil am deutschen Markt, der vor dem Kriege von so unermeßlichem Interesse für die Wohlfahrt Englands gewesen sei, nicht verliere.

### Die Einberufung des Völkerbunds.

Drahtmeldung.

New York, 5. Januar. (S. A.)

„Chicago Tribune“ bringt eine Meldung, nach der der Vizepräsident der Vereinigten Staaten in Paris, Wallace, eine Mitteilung aus Washington erhalten hat, nach der Wilson die erste Sitzung des Rates des Völkerbundes einberufen wird, auch wenn der Friedensvertrag noch nicht ratifiziert ist.

### Neuregelung der Teschener Frage.

Währisch-Ostrau, 4. Januar. (W. T. S.)

Wie der „Ostrauer Morgenzeitung“ aus Entente-Quelle mitgeteilt wird, soll die Teschener Frage derart gelöst werden, daß von einer Volksabstimmung abgesehen und das Teschener Land unter gewissen Voraussetzungen der Tschecho-Slowakei zugesprochen wird. Polen soll für den Verzicht sowohl in wirtschaftlicher wie territorialer Beziehung entschädigt werden, insbesondere durch Erweiterung der Grenzen gegen Rußland. Vor der endgültigen Abtretung des Teschener Gebietes soll ein kurzes Ubergangsstadium mit internationaler Verwaltung geschaffen werden. Die Tschecho-Slowakei muß bindende Bürgschaften für die Befriederung der angrenzenden Staaten mit Industrieerzeugnissen des Ostau-Karwiner Reviers geben.

Die Bittauer Handelskammer hat dem sächsischen Wirtschaftsministerium eine Anzahl Forderungen unterbreitet, die Mißstände im deutsch-sächsischen Grenzverkehr beseitigen sollen. Die Kammer fordert u. a., daß die Grenzkontrolle durch Zollbeamte statt durch Militär durchgeführt werde und daß die Kontrolle der Ausreisepapiere an der Grenze nach einheitlichen Gesichtspunkten zu erfolgen habe.

### Die ungarische Gefahr für Oesterreich.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Wien, 5. Januar.

In allen Bezirken Wiens fanden gestern große, von der sozialdemokratischen Partei einberufene Protestversammlungen gegen den Terror in Ungarn statt. Auch die Wiener Kommunisten, die sich mit den sozialdemokratischen Rednern solidarisch erklärten, wählten diesen Kundgebungen bei. In einer der Versammlungen führte der frühere Staatssekretär des Außenwesens, Dr. Otto Bauer, folgendes aus:

„Man will in Ungarn mit einem Habsburger als König an der Spitze, der als Instrument für andere Zwecke dienen soll, ein

Königtum errichten, das das Land in eine Militärmonarchie umwandeln soll. Diese soll dann alle verlorenen Gebiete in Jugoslawien, Rumänien und in der Tschecho-Slowakei zurückerobern. Ein ungarisches Königtum bildet eine Bedrohung für Deutsch-Oesterreich; denn Ungarn muß eine Vereinigung mit diesem anstreben, weil Ungarn allein den Nachbarn nicht gemachsen wäre. Das ungarische Regime auch bei uns einzuführen, erscheint den Ungarn nicht ganz aussichtslos, da sie über eine größere militärische Macht verfügen als wir sie haben. Über sie hätten es dann nicht mit unseren Grenzpartnern und mit der Volkswirtschaft, sondern mit der gesamten Arbeiterschaft zu tun. Gleichwohl wäre es die größte Torheit, den Ungarn Gelegenheit zu einem Angriff auf Oesterreich zu geben. Die Lage in Ungarn bedroht aber nicht nur uns, sondern auch die Tschecho-Slowaken, die Jugoslawen, die Rumänen und die Italiener. Der kritische Punkt liegt in Wien, da die ungarische Reaktion die größten Hoffnungen an Deutsch-Oesterreich knüpft. Diese Hoffnungen sind aufgebaut auf die schreckliche Not, die in Wien herrscht und die zu einem wirtschaftlichen und politischen Chaos führen muß. Uns in dieses Chaos hineinzutreiben, liegt im Interesse Ungarns, weil es dann Gelegenheit zum Eingreifen hätte.

### Verlammlung der Berliner Arbeiterräte.

Gestern abend tagte in den „Borussia-Sälen“ die Vollversammlung der Arbeiterräte, in der scharfe Differenzen zwischen Kommunisten und Unabhängigen bezüglich der neuen Räteorganisation ausgetragen wurden. Die Kommunisten hatten eine Erklärung eingebracht, die sich scharf gegen die Form der Räteorganisation wendet und die sofortige Einleitung einer allgemeinen Aktion gegen das kommende Betriebsrätegesetz fordert.

Der Kommunist Kallch führte aus: Die Rätebewegung sei auf ein Wahlrecht von Wählern beschränkt. Es gebe keinen Volksgesamtsrat mehr, sondern nur eine Zentrale der Betriebsrätevereine, die sich in Berlin, der Stadt der Räte, werde hierdurch gleich dem der Gewerkschaften. Wer den Entwurf der Unabhängigen für eine neue Räteorganisation, die im Falle der Annahme des Betriebsrätegesetzes in Kraft zu treten habe, durchsetze, müsse sagen, daß mit der schlimmsten Rücksichtlosigkeit verfahren sei. Jetzt seien in erster Linie Neuwahlen vorzunehmen.

Der Räteobmann, führte Däumig aus, stehe ständig in Führung mit den wechselnden Anschauungen der Revolution. Er habe sich wiederholt umformen müssen. Schon seit Monaten sei das vorgeschlagene neue Rätegesetz gemeinsam durchberaten worden.

Diese Bestrebungen der Kommunisten und Unabhängigen sind zur Unfruchtbarkeit bestimmt, da sie keinen produktiven Aufbau der Arbeit bewerkstelligen, sondern die Produktion stören und hemmen werden. Hätte die Regierung statt des unheilvollen Betriebsrätegesetzes einen Aufbau der Arbeit zu schaffen versucht, so wären alle diese Vorhänge durch die Tat gegenstandslos gemacht worden.

## Der Ruf nach dem Reichswirtschaftsrat.

Wie wir erfahren, ist im Reichsrat die Beratung der Verordnung über die Einsetzung eines Reichswirtschaftsrates, die für den 5. Januar vorgesehen war, auf einen Zeitpunkt nach dem 20. Januar vertagt. Dieser Aufschub bedeutet, daß frühestens etwa Mitte April mit einer Einberufung des Reichswirtschaftsrates zu rechnen wäre.

Auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens mehrten sich in Deutschland die Anzeichen einer trübsamen Zukunft. Die Produktion geht zurück, der Verkehrsapparat verfällt, Ernährung, Bekleidung, Heizung und Wohnung werden immer unzulänglicher, die Kaufkraft der Mark im Ausland nimmt ständig ab, und der Ausverkauf unentbehrlicher Produktionsmittel und wertvoller Bestandteile des deutschen Volksvermögens macht reißende Fortschritte.

Diese unentbehrliche Entwicklung hätte längst zu einer Antipolitisierung der deutschen Wirtschaft führen müssen. Einseitige Volkswirte und Männer der Wirtschaftspraxis haben schon vor langer Zeit und seitdem in ständiger Wiederholung darauf gedrungen, daß die Lebensfragen des deutschen Volkes nicht von einem politischen Parlament, von Ressortbeamten oder Parteifunktionären, hauptsächlich unter Rücksichtnahme auf propagandistische Erfolge der Regierung oder bestimmter Parteien erledigt werden sollten. Sie haben lange, ohne genügende Beachtung zu finden, gefordert, daß in Kammern der Arbeit, in einem Parlament von wirtschaftlichen Sachverständigen die Wirtschaftsfragen ausschließlich nach sachlichen Gesichtspunkten behandelt würden. Angesichts der verfehlten und planlosen Wirtschafts- und Steuerpolitik der Regierung sind neuerdings zahlreiche Politiker aller Parteien und fast alle Vertreter der Produzenten diesen Forderungen nachdrücklich beigetreten. So hat u. a. der Abg. Stresemann, der früher alles Heil von der freien Wirtschaft erwartete, am 2. Dezember in Bremen erklärt, daß eine planmäßige Regelung des deutschen Handels und die ausschließliche Behandlung aller Wirtschaftsfragen durch ein sachverständiges Forum unbedingt zu fordern seien.

Angesichts dieser umfassenden Bewegung zugunsten eines Wirtschaftsparlamentes sollte man meinen, daß jede Regierung, die mit der unendlich schweren und verantwortungsvollen Aufgabe betraut ist, aus dem wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch des deutschen Volkes neue Formen, neues Leben und neues Schaffen hervorzurufen und aufzubauen, sich beeilen würde, die Verantwortung für den wirtschaftlichen Teil dieser Aufgabe den berufensten Sachkennern zu überlassen. Obwohl die Regierung in Medien und Rundgebungen behauptet, die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage in aller Deutlichkeit zu erkennen, strafe sie diese angebliche Erkenntnis durch ihr Verhalten Lügen. Unter dem Vorwande, daß ein Reichswirtschaftsparlament erst gebildet werden kann, wenn das Betriebsrätegesetz vollständig durchgeführt ist, wird die Vorbereitung des Gesetzes über einen Reichswirtschaftsrat auf unbestimmte Zeit verschoben. Durch eine Verordnung soll nun ein „vorbereitender Reichswirtschaftsrat“ gebildet werden, der trotz seiner unzulänglichen Befugnisse und seiner beschränkten gesetzlichen Grundlage immerhin bewirken könnte, daß das Reichswirtschaftsministerium in ausgedehnterem Maße auf die Ratschläge und Forderungen der wirtschaftlichen Sachverständigen Rücksicht nehmen muß. Wenn diese Hoffnungen aber in Erfüllung gehen sollen, so wird man angesichts der Rohstoffnot, der Lebensmittelnot, des Balustkurzes und der Verfehrnot erwarten dürfen, daß dieser vorbereitende Reichswirtschaftsrat wenigstens nun als bald in Tätigkeit tritt. Anstatt daß man aber von seinen Beratungen oder Entschlüssen schon etwas erfährt, hört die Öffentlichkeit nichts weiter als den Streit der Interessenten über das Ausmaß ihrer Stimmen in dieser Vertretung der deutschen Wirtschaft.

Während man sich um Kleinigkeiten streitet und zankt, wird die Not des deutschen Volkes immer größer. Die Zahl der Probleme, die sofort nach sachlichen Gesichtspunkten zu bearbeiten wäre, wächst ständig. Der Tarifkonflikt mit den Eisenbahnarbeitern, die Gehaltsforderungen der Beamten, die Kündigungen zahlreicher Tarifverträge in Handel und Industrie, das alles sind Zeichen, die darauf hindeuten, daß die deutsche Volkswirtschaft weiteren scharfen Auseinandersetzungen über das Arbeitseinkommen breiter Bevölkerungsschichten entgegengeht. Die Wohnungsfrage, die Arbeitslosenversicherung und die praktische Ausgestaltung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und Angestellten dürfen nicht länger Einflüsse im Parteikampfe bleiben, sondern müssen richtig geregelt werden. Die Aufstellung eines neuen Wirtschaftsplanes für das Entzehrjahr 1920, die Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln, Maschinen und Arbeitskräften sind weitere Fragen, die losgelöst von jeder Parteipolitik, nur nach sachlichen Gesichtspunkten möglichst sofort in Angriff zu nehmen sind. Die zunehmende Rohstoffnot, die